

## Zwangsumsiedlungen von Polen aus den von der Weißrussischen Sowjetrepublik annektierten Territorien (1939–1959)

von Małgorzata Ruchniewicz

Nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Ostpolen im September 1939 annektierte die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik [BSSR] die nordöstlichen Grenzgebiete der Zweiten Polnischen Republik (mit Ausnahme des Wilnaer Gebiets). Gemäß der administrativen Aufteilung der polnischen Territorien betraf diese Maßnahme die beiden Wojewodschaften Nowogródek (włsr. Navahrudak) und Polesien sowie Teile der Wojewodschaften Białystok, nämlich die Landkreise Grodno und Vaukavysk (poln. Wołkowysk), und Wilna, hier die Landkreise Braslav, Disna (poln. Dzisna), Molodečno (poln. Mołodeczno) und Ośmjany (poln. Oszmiana), Postavy und Vilejka.<sup>1</sup> Das bisherige Territorium der BSSR vergrößerte sich dadurch um ca. 100 000 km<sup>2</sup>. In den neu hinzugewonnenen Gebieten führte man mit den Bezirken Baranoviči, Białystok, Brest (poln. Brześć), Pinsk und Vilejka neue Verwaltungseinheiten ein, die insgesamt 101 Unterbezirke umfassten. Sowohl in der offiziellen Amtssprache, als auch im Propagandajargon (und in der sowjetischen Historiografie nach 1945) wurde dieser Gebietszuwachs als „westliches Weißrussland“ bezeichnet.

Laut vorsichtigen Schätzungen lebten dort zu Beginn des Zweiten Weltkrieges ca. 3,6 Millionen Menschen unterschiedlicher Nationalität. Zu diesem Thema gibt die unsichere Quellenlage bis heute Anlass zu Kontroversen in der Historiografie. Die Polen bildeten unter der Bevölkerung dieser Territorien lediglich eine Minderheit. Im Blick auf die allgemeinen Volkszählungen von 1921 und 1931 ist ein überwiegend von Polen dicht besiedelter Gebietsstreifen erkennbar, der sich wie ein Keil durch die von Litauern und Weißrussen bevölkerten Territorien schob. Das Zentrum dieses ethnisch-polnischen Gebietsstreifens lag eindeutig in der Wilnaer Gegend, die 1939 von der Sowjetunion an Litauen angegliedert wurde. Innerhalb der BSSR in den Grenzen von nach 1939 gehörten folgende Landkrei-

---

<sup>1</sup> Bis Juni 1941 befanden sich auch der Raum Białystok und der Landkreis Łomża unter sowjetischer Besatzungsherrschaft. Nach Kriegsende wurden diese Territorien der VR Polen angegliedert. Im Folgenden wird auf diese Regionen nicht näher eingegangen.

se zu diesem Territorialstreifen: Lida, Ošmjany, Braslav, Ščučin (poln. Szczuczyn) und Voločyn (poln. Wołożyn) mit über 65% katholischer polnischsprachiger Bevölkerung. Benachbart im Norden lagen die Landkreise Vilejka, Postavy und Disna und im Westen die Landkreise Grodno und Vaukavysk, die einen polnisch-weißrussischen Charakter (über 40% Polen) trugen. Mit Ausnahme der Landkreise Stoubcy (poln. Stołpce, 52% Polen) und Slonim (41% Polen) besaßen die übrigen Landkreise der BSSR eine deutliche weißrussische Bevölkerungsmehrheit. In der bisherigen Wojewodschaft Polesien war der demografische Anteil der Polen gering (15%).

Eine authentische Interpretation der Volkszählungen ist jedoch aufgrund der oftmals unklaren nationalen Identität der Befragten sehr schwierig. Zahlreiche Historiker zweifeln heute an der polnischen Nationalität vieler Personen, die das Polnische offiziell zu ihrer Muttersprache erklärten. Die historische Forschung sucht in diesen Deklarationen nach Anzeichen für einen psychologischen Druck oder ein opportunistisches Kalkül. Als objektives Kriterium gilt eher das religiöse Bekenntnis. Vor diesem Hintergrund bejahen zahlreiche Historiker die landläufig verbreitete Wahrheit, dass sich ein Katholik in den nordöstlichen Grenzgebieten der Zweiten Polnischen Republik für einen Polen hielt bzw. von seiner Umgebung auch als solcher angesehen wurde.

In den ehemals polnischen Gebieten der heutigen Republik Weißrussland/Belarus existierte und existiert das Problem der weißrussischen katholischen Bevölkerung. Diese Thematik trennt bis heute polnische und weißrussische Historiker in ihrem Blick auf die gemeinsame Vergangenheit. Denn laut den von polnischer Seite vor 1939 durchgeführten demografischen Schätzungen waren bei Kriegsausbruch ca. 70 000 Weißrussen katholisch (5% der Angehörigen dieser Konfession).<sup>2</sup> Weißrussische Berechnungen gehen hingegen von weitaus höheren Zahlen aus (0,5 bis 1 Million Menschen).<sup>3</sup> Beide

---

<sup>2</sup> A. Krysiński, Liczba i rozmieszczenie ludności polskiej na Kresach Wschodnich [Zahlenmäßige Stärke und geografische Streuung der polnischen Bevölkerung in den Ostgebieten], in: Sprawy Narodowościowe 3 (1929), S. 439.

<sup>3</sup> Aleksandra Veraščagina, Aleksandr Gurko, *Historia konfesii u Belarusi. Minulae i cyčasnasc* [Zur Geschichte der Religionsbekenntnisse in Weißrussland in Vergangenheit und Gegenwart]. Minsk 2000, S. 31. Weißrussische Historiker erkennen die Glaubwürdigkeit von Zahlenstatistiken aus der Zarenzeit an, die von polnischer Seite bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts als unseriös zurückgewiesen wurden. Nach ihrer Ansicht begegnete die katholische bäuerliche Bevölkerung Weißrusslands der polnischen Sprache und Kultur lediglich im Gottesdienst oder bei Hofe, so dass dieser Bevölkerungsgruppe kaum eine Polonität zugeschrieben werden könne; siehe Ales' Smaljanczuk, *Uwagi na temat książki*

Sichtweisen beeinflussen die landläufige Einschätzung des polnischen Bevölkerungsanteils in diesen Territorien.

Die demografische Problematik spiegelt sicherlich auch das eher unterentwickelte nationale Identitätsgefühl der Bevölkerung der Region vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wider. Denn bei der allgemeinen Volkszählung von 1931 bezeichneten sich in Polesien über 700 000 Menschen als „Hiesige“. In Hinblick auf ihre Sprache, Kultur und Konfession werden diese Menschen von der historischen Forschung zumeist der weißrussischen Nationalität zugeordnet, obgleich sie eine derart eindeutige Selbstidentifikation vermieden.

**Tabelle 1: Nationalitätenstruktur 1939 (laut Schätzungen von Piotr Eberhardt)<sup>4</sup>**

Nationalität	Anzahl der Personen	Prozentualer Anteil
Weißrussen	2 016 700	56,1
Polen	1 096 400	30,5
Juden	316 300	8,8
Russen	79 100	2,2
Andere	86 300	2,4
Insgesamt	3 594 800	100

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führte zu tiefgreifenden Veränderungen der bislang recht stabilen Bevölkerungsstrukturen in den nordöstlichen Grenzgebieten Polens. Die Veränderungen wurden durch äußeren Zwang ausgelöst – in Gestalt von unmittelbar angewendeter Gewalt oder situationsbedingtem Druck, dem die Bevölkerung in diesen Territorien ausgesetzt war. Infolgedessen mussten die Bewohner der nordöstlichen Grenzgebiete immer wieder offiziell ihre nationale Zugehörigkeit angeben und alle Konsequenzen dieser Deklaration in Kauf nehmen, einschließlich der Bedrohung ihrer bloßen Existenz. Zugleich betrieben die fremden Besatzungsmächte gegenüber der einheimischen Bevölkerung eine höchst ideologieab-

Piotra Eberhardta „Przemiany narodowościowe na Białorusi“ [Anmerkungen zum Buch von Piotr Eberhardt „Veränderungen in der Nationalitätenstruktur Weißrusslands“], in: *Przegląd Wschodni* 4 (1997) H. 3, S. 632-636.

<sup>4</sup> Piotr Eberhardt, *Przemiany narodowościowe na Białorusi* [Veränderungen der Nationalitätenstruktur Weißrusslands]. Warszawa 1994, S. 99.

hängige Politik: Während die UdSSR dabei eher vom marxistischen Klassenkampfgedanken und weniger von völkischen Idealen geleitet wurde, exekutierte das Dritte Reich die nationalsozialistische Rassenpolitik. Vor diesem Hintergrund kam es im Laufe des Krieges zu enormen Bevölkerungsverlusten, infolge derer die Juden fast völlig und die Polen in erheblichem Maße aus diesen Territorien verschwanden.

### **Unter sowjetischer Besatzungsherrschaft 1939–1941**

Die Rote Armee kündigte bei ihrem Einmarsch in Ostpolen die Befreiung der dort ansässigen Bevölkerung vom Joch der polnischen Regierungsgewalt und die Vereinigung der von Weißrussen und Ukrainern besiedelten Gebiete an. Das von dieser Botschaft hervorgerufene Echo unter den dort lebenden Völkern war nach Ansicht der polnischen Exilregierung, aber auch nach Meinung vieler gewöhnlicher Bürger ein Gradmesser der Loyalität gegenüber dem polnischen Staat. In dieser Zeit traten die Trennlinien unter den Nationalitäten im nordöstlichen Polen hervor, die bislang nach außen hin in friedlicher Koexistenz miteinander gelebt hatten. Infolge des zumeist geringen Wissens über die Lebenswirklichkeit in der Sowjetunion und aufgrund der ablehnenden Haltung zur Polonisierungspolitik des polnischen Staats, aber auch unter dem Einfluss der schwierigen materiellen Situation in den ländlichen Gebieten nahm die weißrussische Bevölkerung den Zusammenbruch der staatlichen Strukturen und den Einmarsch der Roten Armee eher mit positiven Gefühlen bzw. abwartend hin, während man sich zugleich günstige Veränderungen der persönlichen Lage erhoffte.

Für die meisten Aktivisten der weißrussischen Nationalbewegung bildete die von der Roten Armee bewirkte Vereinigung aller weißrussischen Gebiete ein großes historisches Ereignis, denn man glaubte an die offiziell propagierte freiheitliche Entwicklung in der neuen weißrussischen Sowjetrepublik. Dabei darf nicht vergessen werden, dass der rasche Zerfall des polnischen Staates nicht nur bei der polnischen Bevölkerungsmehrheit, sondern auch unter den Minderheiten einen mehr oder minder großen Schock auslöste. Der gewaltsame Untergang des Staates machte fortan die politisch-kulturelle Einflussnahme Polens auf die weißrussische Bevölkerung weitgehend unmöglich. Deziert antikommunistische Haltungen waren unter der polnischen Bevölkerung weit verbreitet und verbanden sich oftmals mit der Furcht vor einer militärischen Bedrohung aus dem Osten. Die so-

wjetische Fremdherrschaft wurde von der polnischen Bevölkerung daher als Okkupation betrachtet. Dabei hielt man auch die rasch einsetzende Sowjetisierung (verbunden mit der Einführung des Weißrussischen) der öffentlichen Verwaltung und des Schulwesens sowie die radikale sozialistische Umgestaltung der Binnenwirtschaft trotz des offiziell deklarierten Klassencharakters für antipolnische Akte. Denn die fortan ihrer bisherigen politischen und ökonomisch-sozialen Bedeutung beraubten und teilweise auch staatlich verfolgten gesellschaftlichen Eliten im westlichen Weißrussland waren zumeist polnischer Nationalität. Die Polen sanken also vom Regierungsvolk zur nationalen Minderheit ab, aus der angeblich – wie die sowjetische Propaganda unermüdlich verkündete – die unterschiedlichsten feudalen Tyrannen hervorgegangen waren.

Die offiziellen Ansichten des Kremls über die ethnischen Verhältnisse im annektierten Ostpolen spiegelt eine Äußerung des sowjetischen Außenministers Molotov wider, der verkündete, dass in dieser Region (einschließlich der Westukraine) lediglich eine Million Polen lebten, also vier Mal weniger, als es in Wirklichkeit der Fall war.<sup>5</sup> Diese Propaganda sollte den angeblich kolonialen Charakter der Polonität im Osten unterstreichen und die Bedeutung der polnischen Bevölkerung in diesen Gebieten bagatellisieren. Die dahinter stehenden Absichten leuchteten auch den Verwaltungsbeamten ein, die ihre antipolnischen Ressentiments oftmals unverhohlen zeigten. Darüber hinaus war man sich darüber im Klaren, dass eine derartige Politik die existierenden Konflikte zwischen den Polen und den anderen, einstmals diskriminierten und nun favorisierten, Nationen verschärfe.

Die sowjetische Polenpolitik lief darauf hinaus, die besetzten Gebiete mit dem „alten“ Territorium der UdSSR vollständig zu integrieren. Dieses Ziel erforderte eine radikale Umgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. In politischer Hinsicht beinhaltete die Sowjetisierung die Liquidierung der ehemaligen Staatsverwaltung sowie aller Institutionen, Organisationen und Verbände, die mit dem „reaktionären“ Polen verbunden waren. Dies führte zwangsläufig dazu, dass die bisherigen politischen und ökonomischen Eliten Polens ihre Einflussmöglichkeiten verloren. In der Folge kam es zu gezielten Inhaftierungen ganzer Gruppen, die dabei auch in ihrer physischen Existenz bedroht waren.

---

<sup>5</sup> Laut Angaben Molotovs lebten dort über 3 Millionen Weißrussen; vgl. Albin Głowacki, *Sowieci wobec Polaków na ziemiach wschodnich II Rzeczypospolitej 1939–1941* [Das Vorgehen der Sowjets gegenüber den Polen in den Ostgebieten Polens 1939–1941]. Łódź 1998, S. 71.

Am Prozess der Herausbildung der neuen Staatsgewalt durften Vertreter der polnischen Bevölkerung nur in eingeschränkter Form mitwirken, während Weißrussen und Juden, die vor dem Krieg diskriminiert worden waren, 1939/40 zu Nutznießern wurden.<sup>6</sup> Vor dem Hintergrund der militärischen Erfolge des Dritten Reiches an der Westfront und der Niederlage Frankreichs unterlag die antipolnische Bevölkerungspolitik Stalins im Sommer 1940 jedoch einer zeitweiligen Entschärfung. Insgesamt strebte die sowjetische Nationalitätenpolitik trotz der Begünstigung mancher weißrussischer und jüdischer Bevölkerungsgruppen langfristig deren nationale Entwurzelung und kulturelle Umwandlung in „Sowjetmenschen“ an. Eben diesem Ziel dienten sowohl die Repressionen zur Auflösung sozialer Hierarchien als auch die Propagandamaßnahmen zur ideologischen Umerziehung ganzer Gesellschaftsschichten. Auf diese Weise wurden die Konfessions- und Bildungspolitik zu wichtigen Feldern staatlichen Handelns. Gerade diese beiden Politikbereiche sollten nichtkommunistischen Einflüssen begegnen.<sup>7</sup>

Vor allem die radikalen ökonomischen Veränderungen wirkten sich negativ auf die materielle Lage der Bevölkerung aus. In zahlreichen Fällen wurde die Existenzgrundlage der Betroffenen direkt bedroht, wobei gerade bei den bisherigen Eliten deren exponierte Position einer Schwächung unterlag. Infolgedessen verringerten sich auch die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die unmittelbare soziale Umgebung erheblich. Im Zuge der Sowjetisierung des ländlichen Raumes konfiszierte das kommunistische Regime nicht nur den Großgrundbesitz, sondern auch territoriale „Überschüsse“ der größeren Bauernhöfe (mit über 10-15 ha Nutzungsfläche). Diese Vorgehensweise hatte abgesehen von den begleitenden Unterdrückungsmaßnahmen zur Folge, dass die bisherigen Führungsschichten der Dorfbevölkerung an Bedeutung verloren und dezimiert wurden. Was die polnischen

---

<sup>6</sup> Siehe näherhin Marek Wierzbicki, *Polacy i Żydzi w zaborze sowieckim. Stosunki polsko-żydowskie na ziemiach północno-wschodnich II Rzeczypospolitej pod okupacją sowiecką (1939–1941)* [Polen und Juden im sowjetischen Annexionsgebiet. Die polnisch-jüdischen Beziehungen in den nordöstlichen Gebieten der Zweiten Polnischen Republik unter sowjetischer Besatzung (1939–1941)]. Warszawa 2001; ders., *Polacy i Białorusini w zaborze sowieckim. Stosunki polsko-białoruskie na ziemiach północno-wschodnich II Rzeczypospolitej pod okupacją sowiecką (1939–1941)* [Polen und Weißrussen im sowjetischen Annexionsgebiet. Die polnisch-weißrussischen Beziehungen in den nordöstlichen Gebieten der Zweiten Polnischen Republik unter sowjetischer Besatzungsherrschaft (1939–1941)]. Warszawa 2000.

<sup>7</sup> Siehe zum Verhältnis zu den Kirchen bzw. Konfessionen in den okkupierten Gebieten bzw. zu den Veränderungen im einheimischen Schulwesen Głowacki, *Sowieci* (wie Anm. 5), S. 603-610.

Großgrundbesitzer anbelangt, so kann man mit Krzysztof Jasiewicz vom Untergang einer alten politischen Nation sprechen.<sup>8</sup>

Indessen fungierte im urbanen Raum die Nationalisierung als Instrument wirtschaftlicher Umwälzungen und ging mit der Liquidierung aller privaten Wirtschaftsinitiativen einher. In Hinblick auf die Nationalitäten- und Berufsstruktur der Stadtbevölkerung machte sich die Nationalisierung insbesondere bei den Juden schmerzhaft bemerkbar, da sie deren bisherige Einkommensquellen ersatzlos versiegen ließ.<sup>9</sup> Im Vergleich dazu hatte die ethnisch polnische Stadtbevölkerung weitaus weniger unter der Sowjetisierung zu leiden. Nichtsdestotrotz trat eine spürbare Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen in den Städten ein. Die Ursachen für diese Entwicklung lagen in der schwierigen Versorgungslage und der Beseitigung bestehender Arbeitsplätze. Aber auch die Einführung des russischen Rubels als neuer Währung tat ein Übriges. Nicht zuletzt trug auch die rapide Verarmung der Polen im urbanen Raum dazu bei, dass die Polonität der Region immer stärker zurücktrat.

Schließlich erzwang die Besatzungsherrschaft weiträumige und irreversible Bevölkerungsverschiebungen, die sich unmittelbar in der demografischen Struktur widerspiegelten. Den sog. Bevölkerungstransfers fielen vor allem Polen, aber auch Juden und Weißrussen zum Opfer. Genaue Zahlenangaben zu den Zwangsmigrationen sind aufgrund der unsicheren und lückenhaften Quellenlage nur in manchen Fällen möglich. Truppeneinheiten der Weißrussischen Front der Roten Armee nahmen ca. 60 000 Soldaten der polnischen Armee gefangen und überstellten diese teilweise in eigens geschaffene Lager.<sup>10</sup> Nach Kriegsausbruch flohen Juden in die nun sowjetischen Territorien und versuchten insbesondere in den Städten einen Unterschlupf und Erwerbsmöglichkeiten zu finden. Die Flüchtlinge lebten in der Regel unter äußerst schwierigen Bedingungen, da sie zumeist weder

---

<sup>8</sup> Ebenda, S. 128 ff.; vgl. auch Krzysztof Jasiewicz, *Zagłada polskich Kresów. Ziemiaństwo polskie na Kresach Północno-Wschodnich Rzeczypospolitej pod okupacją sowiecką 1939–1941* [Die Auslöschung der östlichen Grenzgebiete Polens. Polnische Großgrundbesitzer im Nordosten unter sowjetischer Besatzungsherrschaft 1939–1941]. Warszawa 1997, S. 87–101.

<sup>9</sup> Wierzbicki, *Polacy i Żydzi* (wie Anm. 6), S. 144.

<sup>10</sup> *Agresja sowiecka na Polskę 17 września 1939 w świetle dokumentów* [Der sowjetische Angriff auf Polen vom 17. September 1939 im Spiegel von Dokumenten]. Bd. 3: *Działania wojsk Frontu Białoruskiego* [Die militärischen Aktivitäten der Weißrussischen Front], hrsg. v. Czesław Grzelak. Warszawa 1995, S. 17. Zur Lage der polnischen Kriegsgefangenen in sowjetischen Lagern im September und Oktober 1939 vgl. Głowacki, *Sowieci* (wie Anm. 5), S. 169–188.

Arbeit noch Wohnraum finden konnten, lehnten jedoch häufig eine Arbeitssuche im Landesinneren ab. Die sowjetischen Behörden stufte die Flüchtlinge als Unsicherheitsfaktor ein, den es abzuschieben galt. Anfang 1940 hielten sich in der BSSR knapp 73 000 Flüchtlinge auf, von denen allein 66 000 jüdischer Herkunft waren.<sup>11</sup>

Die Inhaftierungs- und Deportationswelle 1939–1941 erfasste die ethnisch polnische Bevölkerung am stärksten, da diese von den Machthabern im Vergleich zu anderen Nationalitäten als größter Feind eingestuft wurde (vgl. Tabelle 2, Relation Polen-Juden, hiernach waren Juden am stärksten betroffen). Betroffen waren insbesondere folgende Schichten und Berufsgruppen: Großgrundbesitzer, Unternehmer, wohlhabende Landwirte, Angestellte der Staatsverwaltung, Polizisten, Gendarmen, Grenzschutzbeamte, Aktivisten politischer Parteien und sozialer Organisationen sowie Personen, die der Spionage oder konterrevolutionärer Auffassungen verdächtigt wurden.<sup>12</sup>

**Tabelle 2: Inhaftierte in den Westbezirken der BSSR (1939–1941) nach Nationalität<sup>13</sup>**

Jahr	Insgesamt	Polen	Weißrussen	Juden	Ukrainer
1939	8 593	5 256	2 422	661	254
1940	27 932	13 414	4 461	9 482	575
1941	1 671	940	488	190	53
Insgesamt	38 196	19 610	7 371	10 333	882

In den von der BSSR annektierten Territorien wurden bis Ausbruch des sowjetisch-deutschen Krieges ca. 4 000 Menschen gefangen genom-

<sup>11</sup> Aleksander Chackiewicz, *Aresztowania i deportacje społeczeństwa zachodnich obwodów Białorusi (1939–1941)* [Inhaftierungen und Deportationen unter der Bevölkerung in den Westbezirken Weißrusslands (1939–1941)], in: *Spółeczeństwo białoruskie, litewskie i polskie na ziemiach północno-wschodnich II Rzeczypospolitej w latach 1939–1941* [Weißrussen, Litauer und Polen in den nordöstlichen Gebieten der Zweiten Polnischen Republik 1939–1941], hrsg. v. Tomasz Strzembosz u. Małgorzata Giżejewska. Warszawa 1995, S. 120–137, hier S. 132.

<sup>12</sup> Jędrzej Tucholski, *Wprowadzenie* [Einführung], in: Władimir Adamusko, Natalia Iwanowa, *Litości... Represje w obwodzie wilejskim w dokumentach 1939–1941* [Habt Mitleid!... Repressionen im Bezirk Wilna im Spiegel von Quellendokumenten 1939–1941]. Warszawa 1996, S. 6.

<sup>13</sup> O.A. Gorlanov, A.B. Roginskij, *Ob arestach w zapadnych oblastach Belorussii i Ukrainy v 1939–1941 gg.* [Verhaftungen in den Westbezirken Weißrusslands und der Ukraine 1939–1941], in: *Represii protiv poljakow i pol'skich graždan* [Repressionen gegen Polen und polnische Staatsbürger]. Moskva 1997, S. 77–113, hier S. 88.



men, darunter ca. 45% Polen und ca. 27% Juden.<sup>14</sup> Die überwiegende Mehrheit der Gefangenen gelangte nach der Verhängung einer Haftstrafe bzw. infolge einer „Revision“ der überfüllten Gefängnisse in innersowjetische Arbeitslager. Ein tragisches Schicksal traf hingegen knapp 4 000 Personen, die ohne Gerichtsurteil aufgrund des am 5. März 1940 gefassten Beschlusses des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der UdSSR erschossen wurden. Der gleiche Beschluss stand auch hinter den brutalen Massenerschießungen der in Kriegsgefangenschaft befindlichen polnischen Offiziere in Katyn und anderswo. Weitere Todesopfer forderte die ad hoc durchgeführte Evakuierung von Haftanstalten unmittelbar nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion: Ein Teil der Gefangenen wurde sofort fusiliert, andere kamen beim Kräfte zehrenden Fußmarsch aus den Lagern ums Leben.<sup>15</sup>

Die Verhaftungswelle erfasste die gebildetsten und vermögendsten Gruppen der polnischen Gesellschaft. Auch Vertreter der lokalen Herrschaftseliten und entschiedene Gegner der kommunistischen Ideologie, die vermeintlich bzw. tatsächlich im Untergrund agierten, fielen den Inhaftierungen zum Opfer. Andere soziale Gruppen oder Nationalitäten waren von der Inhaftierung bedroht, wenn sie aus ihrer Unzufriedenheit über die Lebensbedingungen im „sowjetischen Paradies“ keinen Hehl machten. Auch ganze Familien waren von den Deportationen betroffen. Die Bevölkerung des westlichen Weißrusslands wurde von allen vier Deportationswellen 1940/41 erfasst. Diese Zwangsaussiedlungen erstreckten sich laut sowjetischen Quellen auf über 120 000 Menschen – bei ca. 327 000 Deportierten aus allen 1939 annektierten Gebieten.<sup>16</sup>

Die am 10. Februar 1940 durchgeführte Deportation von Militärsiedlern, Kolonisten und Förstern (einschließlich deren Familien) geschah aus politischen Motiven. Durch die Aktion sollte eine Bevölkerungsgruppe liquidiert werden, der man eine patriotische Grundeinstellung bzw. Sympathien für Polen unterstellte, die im Waffengebrauch geschult war und in der man ein potenzielles Milieu der Widerstandsbewegung sah. Zudem sollten auch Erwartungen der ortsansässigen weißrussischen Bevölkerung befriedigt werden. Deren Wohlwollen versuchte man vor allem dadurch zu gewinnen, dass man das von den deportierten Polen zurückgelassene Vermögen bzw. de-

---

<sup>14</sup> Ebenda, S. 97. Für 1941 beschränken sich die Angaben auf den Januar und den Februar.

<sup>15</sup> Głowacki, *Sowieci* (wie Anm. 5), S. 648-651.

<sup>16</sup> Stanisław Ciesielski, Wojciech Materski, Andrzej Paczkowski, *Represje sowieckie wobec Polaków i obywateli polskich* [Repressionen der sowjetischen Staatsmacht gegen Polen und polnische Staatsbürger]. Warszawa 2002, S. 18.

ren Grundbesitz an Weißrussen verteilt. Daher erstreckte sich die Zwangsaussiedlung auch auf Zivilisten. Den Deportationen fielen in erster Linie Polen zum Opfer (ca. 40 000, 78% aller Deportierten). Dennoch blieben auch Weißrussen von diesen Maßnahmen nicht verschont.

Eine weitere, im April 1940 durchgeführte Massendeportation beruhte auf dem Prinzip der Kollektivverantwortung, die auf die Familien von Kriegsgefangenen und Inhaftierten ausgedehnt wurde. In den Westbezirken Weißrusslands waren davon insgesamt ca. 24 200 Personen betroffen, überwiegend Polen.<sup>17</sup> Die bereits im März 1940 gefällte Entscheidung über die Deportation von Flüchtlingen aus Zentral- und Westpolen (ca. 23 000 Personen) musste bis Ende Juni 1940 auf ihre Realisierung warten. Laut vorsichtigen Schätzungen erstreckte sich diese Aktion auf ca. 14 000 Menschen, darunter höchstwahrscheinlich über 80% Juden (genauere Angaben für die weißrussischen Territorien fehlen bislang).

Die letzte Deportation aus den Westbezirken der BSSR fand am 19./20. Juni 1941 statt und stand in Zusammenhang mit den zeitgleich durchgeführten Zwangsaussiedlungen aus Moldawien, Estland, Lettland und Litauen. Diese Umsiedlungsmaßnahme bildete den Schlusspunkt der vorangegangenen Deportationen, war aber auch eine Reaktion auf die antikommunistische Widerstandsbewegung in Ostmitteleuropa, die trotz der einschneidenden sowjetischen Repressionen immer noch agierte.<sup>18</sup> Sie erfasste laut Quellenangaben ca. 20 000-24 000 Menschen, wobei weitere 2 000 Personen verhaftet wurden.<sup>19</sup>

Die Inhaftierungs- und Deportationswelle der Jahre 1939-1941 führte in den Westbezirken der BSSR zu einem Bevölkerungsrückgang von ca. 110 000-120 000 Menschen, was 4% der Bevölkerung von 1939 (unter Berücksichtigung der Flüchtlinge) entspricht. Wenn ca. 70% der von den Repressionen betroffenen Personen der polnischen Nationalität angehörten, ist davon auszugehen, dass ca. 80 000 Polen (8% der Gesamtbevölkerung) verdrängt wurden. Rechnet man ferner weitere Menschenverluste hinzu (Ermordete und Kriegsgefangene des Jahres 1939 sowie geglückte Fluchtversuche in Richtung Westen bzw.

---

<sup>17</sup> Deportacje Polaków z północno-wschodnich ziem II Rzeczypospolitej 1940-1941 [Die Deportation der Polen aus den nordöstlichen Gebieten der Zweiten Polnischen Republik 1940-1941], hrsg. v. Bernadetta Groniek u. Grzegorz Jakubowski. Warszawa 2001 (Zachodnia Białoruś 17 IX 1939-22 VI 1941. 2), S. 37.

<sup>18</sup> Ciesielski, Materski, Paczkowski, Represje (wie Anm. 16), S. 15.

<sup>19</sup> Deportacje Polaków (wie Anm. 17), S. 232.

Litauen), dürfte dies den Anteil der polnischen Bevölkerung um weitere 1-2% senken. Das demografische Übergewicht der Weißrussen verstärkte sich nicht nur aufgrund der Zwangsaussiedlung der Polen, sondern auch durch den Zustrom von Sowjetbürgern weißrussischer Abstammung. Dennoch stieg die Zahl der Weißrussen nie auf ca. 80% der Gesamtbevölkerung, wie von einigen sowjetischen Historikern behauptet wurde.<sup>20</sup>

Die oben genannten allgemeinen Schätzungen lassen die „freiwillig“ zur Lagerarbeit in Sibirien angeworbenen sowie die von der Roten Armee gemusterten und zum Waffendienst herangezogenen Personen unberücksichtigt. Laut polnischen Angaben waren ca. 100 000-230 000 ehemalige Staatsbürger von diesen Aushebungen betroffen.<sup>21</sup> Wie viele von ihnen im westlichen Weißrussland lebten, bleibt aufgrund der unsicheren Quellenlage unklar.

Die sowjetische Unterdrückungspolitik in den okkupierten Territorien Ostpolens war scheinbar vor dem Hintergrund der Gesamtbevölkerung kein Massenphänomen – diese Auffassung verfestigte sich durch die polnische Exilhistoriografie und die Memoirenliteratur im historischen Bewusstsein der Polen. Wenn man jedoch die unterdrückten ethnischen Gruppen näher untersucht und die sich dabei ergebenden Parameter auf die Lage bestimmter Gruppen in diesen Gebieten bezieht, stellt man außerordentlich hohe Verluste fest. Denn die sowjetische Besatzungsmacht schwächte in den Jahren 1939–1941 die ethnisch polnische Bevölkerung vor allem dadurch, dass sie die Angehörigen der ehemaligen Staatsverwaltung, aber auch alte Sozialhierarchien und weite Teile der Führungsschichten (gesellschaftliche und politische Aktivisten, die sog. Intelligenz) zu vernichten suchte. Die übrigen Bevölkerungsgruppen unterlagen vielfältigen Einschüchterungsmaßnahmen, wobei wichtige traditionelle Bande innerhalb der Gesellschaft zerstört wurden. Nichtsdestotrotz konnten die Polen in den nordöstlichen Grenzgebieten ihre Widerstandskraft erhalten. Dabei einte sie das Ziel des staatlichen Wiederaufbaus nach dem Krieg. Die Tätigkeit der zahlreichen Untergrundorganisationen während der deutschen bzw. sowjetischen Besatzungsherrschaft beweist, dass es bis zuletzt einen aktiven Widerstand gab. Die polnische Bevölkerung im Nordosten bestand vor allem aus Bauern. Solange ih-

---

<sup>20</sup> Siehe *Bol'shaja Sovetskaja Enciklopedija* [Große Sowjetische Enzyklopädie]. Bd. 4, Moskva 1950, S. 476; Jerzy Turonek, *Białoruś pod okupacją niemiecką* [Weißrussland unter deutscher Besatzungsherrschaft]. Warszawa 1993, S. 54.

<sup>21</sup> Głowacki, *Sowieci* (wie Anm. 5), S. 406.

re materiellen Existenzgrundlagen nicht ganz entfielen (vor allem der bewirtschaftete Ackerboden), konnten die Landwirte die Fremdherrschaft trotz der Verluste überdauern. Obwohl sie zahlreiche Repressionen mit sich brachte, dauerte die sowjetische Besatzungsherrschaft nicht lange genug, um die polnische Bevölkerung zu entwurzeln. Die zu diesem Zweck in Gang gesetzte Indoktrinierung, die Verdrängung der polnischen Sprache aus den Schulen und die Eindämmung des gesellschaftlichen Einflusses der katholischen Kirche blieben in ihrer Wirkung begrenzt.

Die von sowjetischer Seite initiierten Repressionen im westlichen Weißrussland ließen jedoch in den Köpfen der Polen Lebenserfahrungen zurück, die nach 1944 große Teile der polnischen Bevölkerung in ihren politischen Richtungsentscheidungen vorprägte. Die sowjetische Okkupation setzte einen Entpolonisierungsprozess in Gang und schwächte auch andere dort lebende Völker deutlich. Das Fundament für die ungebremste Sowjetisierung dieser Großregion ab Mitte der 1940er Jahre war damit gelegt worden.

#### **Unter deutscher Besatzungsherrschaft 1941–1944**

Nach der Ende Juni 1941 erfolgten Eroberung der Region nahm das NS-Regime deren administrative Neuaufteilung vor. Infolge dessen wurden vom westlichen Weißrussland sechs Bezirke abgetrennt und an Ostpreußen, das „Generalkommissariat Litauen“ und das „Reichskommissariat Ukraine“ angegliedert. Die übrigen Territorien gehörten fortan einschließlich eines kleinen östlichen Teiles der BSSR zum „Generalkommissariat Weißruthenien“ und bildeten mit den ehemaligen baltischen Republiken eine größere Gebietseinheit, die man „Reichskommissariat Ostland“ nannte.

Die statistischen Erhebungen im Generalkommissariat Weißruthenien besitzen im Vergleich zu anderen besetzten Territorien weitaus schlechtere Qualität. Daher mangelt es bis heute an aussagekräftigen Quellen zur demografischen Entwicklung in dieser Region, vom Problem der Nationalitätenbeziehungen ganz zu schweigen. Von dem bis 1939 polnischen Territorium schloss man ca. 54 000 km<sup>2</sup> an das Generalkommissariat Weißruthenien an. In diesen Gebieten lebten Ende 1942 ca. 2,4 Millionen Menschen (ohne Juden).<sup>22</sup> Addiert man die de-

---

<sup>22</sup> Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (fortan: BA), R 90, Sign. 414: Die zahlenmäßige Stärke der Bevölkerung im Generalkommissariat Weißruthenien im Jahre 1942; ebenda, Sign. 390:

mografischen Schätzwerte aus dem ganzen westlichen Weißrussland, so kommt man für das Jahresende 1942 auf eine Gesamtzahl von ca. 3,1 Millionen Menschen. Im Vergleich zu 1939 bedeutet dies einen Bevölkerungsrückgang von mindestens 500 000 Personen.

Abgesehen von den Verlusten der Jahre 1939–1941 resultierte diese Entwicklung in erster Linie aus dem Völkermord an den Juden seit dem Einmarsch der Wehrmacht in Polen und dem „Transfer“ von Zehntausenden von Zwangsarbeitern ins Deutsche Reich. Zu den Verlusten unter der nichtjüdischen Zivilbevölkerung kam es vor allem infolge der deutschen Kampfhandlungen gegen die (zumeist kommunistisch gesinnte) Partisanenbewegung. Diese Unterdrückungsaktionen führten zu einer rücksichtslosen Pazifikation von Gebieten, die als Hinterland für die Militäreinheiten der Untergrundbewegung galten. In letzteren kamen vor allem Zivilisten ums Leben.

Die Zahl der Todesopfer der Partisanenkämpfe in den besetzten Territorien der BSSR betrug höchstwahrscheinlich weit über 300 000 Personen.<sup>23</sup> Wie hoch dabei der Anteil der gefallenen Polen war, kann heute nicht mehr ermittelt werden. Die neuen nationalsozialistischen Machthaber setzten jedenfalls das von der sowjetischen Besatzungsmacht begonnene Werk der Vernichtung der polnischen Eliten fort. In Massensexekutionen starben zahlreiche Vertreter der lokalen Intelligenz (in Slonim, Njasviž, Navahrudak und Vilejka).<sup>24</sup> Nach wissenschaftlichen Schätzungen kamen bei diesen Vernichtungsaktionen 1942/43 ca. 2 000-3 000 Menschen ums Leben.<sup>25</sup> Die Zahl der Verhaftungen dürfte indessen noch viel höher gelegen haben.

Seit 1943 kam es im Zuge der großangelegten Pazifikationen auch zu Deportationen zur Zwangsarbeit im Deutschen Reich. Laut weißrussischen Angaben (auf der Basis von nach 1945 erstellten demografischen Bilanzen) belief sich die Zahl der Zwangsarbeiter aus der BSSR auf ca. 370 000-380 000 Personen.<sup>26</sup> Dabei muss letztlich of-

---

Liste der Bezirke im Generalkommissariat Weißruthenien v. 20.10.1942; „Ostland“ (1944), Nr. 8.

<sup>23</sup> Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941–1944*. Hamburg 1998, S. 957. Vgl. auch allgemein Bernhard Chiari, *Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941–1944*. Düsseldorf 1998 (Schriften des Bundesarchivs. 53).

<sup>24</sup> Antoni Galiński, *Eksterminacja inteligencji polskiej latem 1942 r. w Nowogródzkim* [Die Auslöschung der polnischen Intelligenz im Sommer 1942 im Bezirk Navahrudak], in: *Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu – Instytut Pamięci Narodowej* Nr. 33 (1991).

<sup>25</sup> Gerlach, *Kalkulierte Morde* (wie Anm. 23), S. 1062.

<sup>26</sup> *Prestuplenija nemecko-fašistskich okupantov v Belorussii* [Die Verbrechen der deutschen faschistischen Besatzungsmacht in Weißrussland]. Minsk 1965, S. 364.

fen bleiben, wie viele von ihnen aus dem westlichen Teil des Generalkommissariats Weißruthenien stammten, obgleich der Anteil laut einschlägigen Quellen sogar 50% betragen haben könnte.<sup>27</sup> Die Art der Rekrutierung weist darauf hin, dass wohl weitaus mehr Polen von diesen Deportationen betroffen waren, als es die damaligen Nationalitätenverhältnisse vermuten lassen. Denn höchstwahrscheinlich erhielten die Anwerbekommissionen bereits im Juli 1942 die Anweisung, in erster Linie Polen zur Zwangsarbeit nach Deutschland auszuweisen.<sup>28</sup>

Unter der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft kam es zu einer spürbaren Verschärfung des polnisch-weißrussischen Konflikts. An dieser Entwicklung wirkte das NS-Regime aktiv mit, da es – ähnlich wie zuvor die sowjetische Führung – die in den nordöstlichen Grenzgebieten Polens bereits existierenden nationalen Antagonismen vor Ort bewusst verschärfte, wobei insbesondere die Kooperationsbereitschaft weißrussischer Nationalisten ausgenützt wurde. Die dritte Kampfpartei bildeten kommunistische Partisanen, die gegen die polnische Untergrundbewegung und prodeutsch gesinnte Weißrussen kämpften. Die Verschmelzung von polnisch-sowjetischem und polnisch-weißrussischem Konflikt kam der sowjetischen Seite gelegen. Denn diese Überlagerung der Konflikte trug unmittelbar zur weiteren Schwächung der Polonität in der BSSR bei und ließ die Unterstützung für die prosovietischen Partisanen anwachsen. Die ideologische Kompromisslosigkeit der kommunistischen Partisanen kündigte bereits die weitere politische Entwicklung an, die sich nach der Niederlage der deutschen Truppen abzeichnete.

Eine Bilanz der Opfer der deutschen Besatzung, gerade wenn auch nach den Opfern unter den einzelnen Nationalitäten gefragt wird, ist bisher ein unrealistisches Unterfangen. Die Schwierigkeiten resultieren allein schon aus der Tatsache, dass die genaue Anzahl der Bewohner Weißrusslands unmittelbar vor Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges im Dunkeln bleibt. Die in der sowjetischen Historiografie konstatierte Zahl von 10,4 Millionen (darunter 4,8 Millionen aus dem westlichen Teil) Einwohnern wird allgemein als überhöht an-

---

<sup>27</sup> BA, R 93, Sign. 14: Bericht über die Tätigkeit der Zivilbehörden des Bezirks Glebokie [Glubokoe]; ebenda, Bericht über die Tätigkeit der Behörden des Bezirks Pinsk v. 09.09.1944; ebenda, Bericht über die Tätigkeit und Evakuierung des Bezirks Kobrin v. 21.08.1944; Staatsarchiv des Bezirks Grodno (fortan: SABG), Sign. 1214.

<sup>28</sup> Turonek, Białoruś (wie Anm. 20), S. 186; Archiwum Adama Bienia. Akta narodowościowe (1942–1944) [Das Adam Bień-Archiv. Akten zu einzelnen Nationalitäten (1942–1944)], bearb. v. Jan Brzeski u. Adam Roliński. Kraków 2001, S. 360.

gesehen.<sup>29</sup> Das eigentliche Ausmaß der Kriegsverluste wurde nämlich von den zuständigen Behörden nur oberflächlich dokumentiert. Daher ist zu vermuten, dass in diese Verluste zumindest teilweise auch Opfer der stalinistischen Diktatur einberechnet wurden.

Der während des Zweiten Weltkrieges eingetretene Bevölkerungsrückgang in der BSSR belief sich nach anfänglichen Schätzungen auf ca. 2,9 Millionen Menschen. Diese Zahl reduzierte man später auf ca. 2,2 Millionen (darunter ca. 1,5 Millionen Zivilisten).<sup>30</sup> Die vom NS-Regime erzwungenen demografischen Veränderungen erreichten bezüglich der jüdischen Bevölkerung ihr tragischstes Ausmaß. Nur wenige tausend Juden überlebten den Krieg. Als unmöglich erweist sich auch die genaue Ermittlung der ethnisch polnischen Verluste, die infolge der direkten Tereereinwirkung von deutscher, weißrussischer und sowjetischer Seite bzw. durch Deportationen zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich entstanden.

### **Sowjetisierung und Migration der polnischen Bevölkerung 1944–1959**

Die Nationalitätenstruktur der Region, die nach 1944 erneut der BSSR angegliedert wurde, unterlag in den Folgejahren tiefgreifenden Migrationsprozessen, die insbesondere von Übersiedlungen nach Polen bestimmt waren. Zugleich leiteten die kommunistischen Machthaber in Minsk Schritte gegenüber der polnischen Minderheit ein, die die Situation der in der BSSR zurückgebliebenen Polen negativ beeinflussten: die Abschaffung des polnischen Schulwesens, der Kampf mit der katholischen Kirche, die erneute Kollektivierung der Landwirtschaft und eine marxistisch-leninistische Indoktrinierung. Alle diese

<sup>29</sup> A. Rakow, *Naselenije BSSR [Die Bevölkerung der BSSR]*. Minsk 1969, S. 8; Eberhardt schätzt die 1939 vorhandene Bevölkerungsdichte derjenigen Gebiete, die 1941 das Territorium der BSSR bildeten, auf höchstens 9,1 Millionen Menschen; siehe Eberhardt, *Przemiany* (wie Anm. 4), S. 99.

<sup>30</sup> Eine glaubwürdige Differenzierung dieser demografischen Parameter fehlt jedoch, wobei auch deren Herkunft ungeklärt bleibt. Die Veröffentlichung minuziöser Zahlenangaben (z.B. 1409225 Ermordete) weckt begründete Zweifel. Ein Musterbeispiel für diese tendenziöse Art der Geschichtsaufarbeitung bildet der Sammelband mit einer Bilanz der Menschenverluste in Weißrussland, der zum 50. Jahrestag des Kriegsendes herausgegeben wurde. Demzufolge erlitten in den westlichen Regionen der BSSR knapp 700 000 Menschen (überwiegend Zivilisten) durch Gewaltanwendung seitens der NS-Besatzungsmacht den Tod; siehe *Pamiac Belarusi. Respublikanskaja kniga [Das Gedächtnis Weißrusslands. Ein Buch der Republik]*. Minsk 1995, S. 41-110, 124-144, 325-386.

Maßnahmen verstärkten zugleich die Dominanz der weißrussischen Bevölkerung.

Der Beschluss über die Aussiedlung der polnischen Bevölkerung aus den an die BSSR angegliederten Gebieten Polens wurde von der sich neu formierenden kommunistischen Regierung in Warschau zusammen mit der vom Kreml diktierten neuen Ostgrenze Polens akzeptiert. Das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung unterzeichnete diesbezüglich mit drei Sowjetrepubliken – Litauen, Weißrussland und der Ukraine – spezielle Abkommen über den Bevölkerungsaustausch. Das polnisch-weißrussische Abkommen wurde am 9. September 1944 unterzeichnet. Demnach genossen polnische und jüdische Bürger des ehemaligen polnischen Staates das Recht auf Übersiedlung nach Polen. Von den mit dieser Aktion (die damals „Evakuierung“ und später in der VR Polen „Repatriierung“ genannt wurde) unter den Vertragspartnern verbundenen Vorstellungen zeugt der in Aussicht genommene kurzfristige Termin für die Beendigung der Umsiedlungen: der 1. April 1945.<sup>31</sup> Die näheren Einzelheiten der Operation wurden im Folgenden in teilweise schwierigen Auseinandersetzungen mit ablehnend eingestellten Vertretern weißrussischer Behörden präzisiert. Diese waren für den Verlauf und die Tragweite der Umsiedlungsmaßnahmen von entscheidender Bedeutung.

Bei der Festlegung des Zeitraums, der für die Umsiedlungen zur Verfügung stand, blieben oftmals die objektiven Hindernisse unberücksichtigt, die sich vor dem Hintergrund des andauernden Krieges ergaben: Transportprobleme, zu wenig Zeit für die Erledigung von familiären Angelegenheiten (Abgabe der persönlichen Habseligkeiten, Zusammenführung der durch die Kriegswirren zerstreuten Familienmitglieder) und die witterungsbedingten Schwierigkeiten der Winterperiode. Darüber hinaus ignorierten die weißrussischen Behörden auch emotionale oder weltanschauliche Motive, die im Einzelfall hinter der Entscheidung für die Übersiedlung standen. Wie aus den anfänglichen Registrierungen hervorgeht, war die Notwendigkeit eines hastigen Entschlusses zur Übersiedlung für Hunderttausende von Polen unpopulär. Stattdessen hoffte man weiterhin auf die Wiederherstellung des territorialen Status quo der Zwischenkriegszeit. Während der sowjetischen bzw. deutschen Okkupation hielt die Londoner Exil-

---

<sup>31</sup> Siehe zu Hintergründen, Organisation und Verlauf der Zwangsaussiedlungen: Jan Czerniakiewicz, *Repatriacja ludności polskiej z ZSRR 1944–1948* [Die Repatriierung der polnischen Bevölkerung aus der UdSSR 1944–1948]. Warszawa 1987; Anatoli F. Wielikij, *Na razzdrozy. Bielarusy i paliaki u czas pieresielienija (1944–1946 gg.)* [Am Scheideweg. Weißrussen und Polen zur Zeit der Umsiedlungen (1944–1946)]. Minsk 2005.



regierung diese Hoffnung durch ihren zivilen Verwaltungsapparat und die Aktivitäten der Kampfseinheiten des Untergrunds aufrecht. Die noch ausstehenden internationalen Beschlüsse über die zukünftigen Staatsgrenzen Polens lieferten einen zusätzlichen Nährboden für derartige Hoffnungen.

Im Gegensatz zur Ukraine fehlte zudem in der BSSR ein Motiv, das dort viele Polen zur Aussiedlung bewegte: die antipolnische Haltung lokaler Behörden und der nachbarlichen Umgebung. Denn trotz der polnisch-weißrussischen Auseinandersetzungen, die mancherorts zu blutigen Konflikten führten, wurde das Aggressionspotenzial innerhalb der weißrussischen Nationalbewegung niemals so groß wie bei ihrem ukrainischen Pendant. Die polnische Bevölkerung lebte neben bzw. mit ihren weißrussischen Nachbarn in halbwegs friedlicher Koexistenz. Gleichwohl befürchteten die Polen eine Wiederholung der Repressionen aus der Zeit der ersten sowjetischen Okkupation. Zugleich ängstigte man sich im Falle einer Umsiedlung vor der unbekanntem Zukunft eines Lebens auf einem fremden Boden, den die zwangsweise ausgesiedelten Deutschen zurückgelassen hatten.

Diese Erfahrungen und Befürchtungen blieben nicht ohne Folgen für den weiteren Verlauf der Umsiedlungen. Denn jeder Pole musste dabei für sich entscheiden, ob der persönliche Erhalt der Nationalität den Übersiedlungsbeschluss rechtfertigen konnte. Um es zugespitzt zu formulieren: Befand sich der Platz eines Polen stets im eigenen Land oder sollte man auch weiterhin in seiner angestammten Heimat bleiben, wenn diese territorial-völkerrechtlich der Sowjetunion angehörte? Darüber hinaus mussten Personen, die ihrer Nationalität bisher eher gleichgültig gegenüber gestanden und diese unreflektiert mit dem religiösen Bekenntnis gleichgesetzt hatten, nunmehr entscheiden, ob ihr katholischer Glaube und das Leben im Einflussgebiet polnischer Kultur sie dazu berechtigten, als Polen angesehen zu werden. Die von katholischen Bevölkerungsgruppen vorgenommene massenhafte Eintragung in die Übersiedlerlisten deutet darauf hin, dass sich jene im Zweifelsfall eher der polnischen und nicht der weißrussischen Nation zugehörig fühlten. Die Furcht vor den „Sowjets“ stellte wohl ein letztes, überzeugendes Argument für diese Entscheidung dar.

Abgesehen davon trat ein weiteres Dilemma zu Tage, das vorrangig Menschen mit ausgeprägter patriotischer Einstellung betraf: Sollten sie den Boden ihres Vaterlandes verlassen, da doch auf diese Weise der Annexion durch die UdSSR der Weg geebnet wurde? Die in der Region lebenden Polen waren mehrheitlich Bauern mit geringer Schul-

bildung, die sich mit ihrer Umgebung eng verbunden fühlten. Zugleich fehlten mächtige städtische Metropolen wie Wilna oder Lemberg. Schließlich waren die gesellschaftlichen Führungsschichten auf dem Land bereits während des Krieges verdrängt worden.

Mit Blick auf die Registrierung der umsiedlungswilligen und dazu berechtigten Personen fällt auf, dass in den Westbezirken der BSSR große Gruppen von Katholiken verblieben, die vor 1939 für Polen gehalten wurden, dieser Zugehörigkeit jedoch nicht durch die Registrierung Ausdruck verliehen, die ja noch keine Aussiedlung bedeutete. Diese Bevölkerungsgruppe umfasste ca. 200 000-300 000 Personen.<sup>32</sup> Die Motive solcher Verhaltensweisen und deren Einfluss auf die betreffenden Bevölkerungsteile bleiben im Dunkeln. Ihre Aufhellung fiel leichter, wenn zumindest glaubwürdige Schätzungen des Umfangs der polnischen Bevölkerung 1945/46 vorlägen. Derartige Quellenangaben existieren nur in selektiver Form und schließen sich zudem bezüglich der Nationalitätenstruktur und Bevölkerungsstärke teilweise gegenseitig aus. Zusammen mit den Gruppen, die trotz ihrer Registrierung aus den verschiedensten Gründen nicht in die VR Polen übersiedelten (300 000 Personen), kommt man zu einer Zahl von mindestens 600 000 Polen, die Ende der 1940er Jahre im westlichen Weißrussland verblieben.

Die heutige Interpretation der unterlassenen Registrierung stößt also auf erhebliche Schwierigkeiten. Dabei stellt sich die generelle Frage, ob sich die vor dem Krieg als Polen eingestuftten Bevölkerungsteile durch einen Verzicht auf die Registrierung zugleich von der eigenen nationalen Identität distanzieren. Eine derartige These wäre riskant, da die Registrierung nicht auf der Basis einer freiwilligen Deklaration erfolgte. Ein Grund für die unterlassene Eintragung in die Übersiedlerlisten lag in der Schwierigkeit, die in Anspruch genommene polnische Nationalität mit für die sowjetischen Behörden glaubwürdigen Dokumenten beweisen zu können. Bei der Untersuchung der Haltung der polnischen Bevölkerung gegenüber den ersten Etappen der Übersiedlungsaktion darf ferner der Einfluss der polnischen Untergrundbewegung nicht unterschätzt werden, die in einigen Gebieten des westlichen Weißrusslands Rückhalt genoss. Die weißrussischen Behörden sahen in diesem Einfluss die eigentliche Ursache für die ablehnende Haltung zur Registrierung, die zahlreiche

---

<sup>32</sup> Dieser Schätzwert ergibt sich, wenn man von den 1939 gezählten 1,1 Millionen Polen die Menschenverluste der Kriegsjahre (ca. 250 000-300 000) und die Zahl der registrierten Personen (ca. 535 000) abzieht.

Polen in den ersten Monaten des Bevölkerungstransfers an den Tag legten. Diesen Einfluss vermutete man auch bei den späteren Masseneintragungen in die Evakuierungslisten, die gleichsam als Plebiszit für Polen angesehen wurden. Die Untergrundbewegung, deren Entschlossenheit nicht zuletzt in den Attentaten auf sowjetische Funktionäre zum Ausdruck kam, ließ viele Polen in der BSSR auf eine grundlegende Veränderung der internationalen Lage hoffen. Nichtsdestotrotz dämonisierten die kommunistischen Machthaber in Minsk die Einflussmöglichkeiten der polnischen Untergrundorganisationen, die infolge der vorangegangenen Repressionen in ihrer Wirkungskraft geschwächt worden waren.<sup>33</sup> Ausschlaggebend für den persönlichen Entschluss zur Übersiedlung waren die Nachrichten über die politischen Entscheidungen auf internationaler Ebene, die sich auf die zukünftige territoriale Gestalt Polens bezogen und in Jalta und Potsdam gefallen waren.

Bis zum Frühjahr 1945 stieß der Ablauf der Übersiedlungen bei den weißrussischen Behörden nur auf relativ geringes Interesse. Die polnischen Beauftragten für Evakuierungsfragen konnten weitgehend selbstständig agieren. Folgende Faktoren trugen dazu bei, dass die Eintragung in die Übersiedlerlisten allmählich zu einem Massenphänomen wurde: die Bekanntgabe der alliierten Beschlüsse zur zukünftigen Ostgrenze Polens, die Verschlechterung der materiellen Verhältnisse unter sowjetischer Herrschaft, die Furcht vor massenhaften Repressionen und die mit dem Kriegsende verbundene Zäsur.

Die Zahl der Registrierten betrug Anfang Februar 1945 ca. 106 000 und stieg zwei Monate später auf ca. 385 000 Personen an. Diese Entwicklung rief erhebliche Unruhe bei den kommunistischen Machthabern in Minsk hervor. Daher lehnte man in der Folgezeit das Kriterium der nationalen Erklärung aussiedlungswilliger Personen ab, das bislang bei fehlenden Beweisen ausgereicht hatte. Wichtiger als Sprache und Kultur, Lebensstil und politische Auffassungen der Antragsteller wurden nun die persönlichen Ansichten einzelner weißrussischer Funktionäre hinsichtlich der nationalen Identität der Aussiedlungswilligen. Große Teile der polnischen Bevölkerung in ländlichen

---

<sup>33</sup> Rafał Wnuk, *Polska konspiracja antysowiecka na Kresach Wschodnich II RP w latach 1939–1941 i 1944–1952* [Die polnische antisowjetische Konspiration in den Ostgebieten der Zweiten Polnischen Republik 1939–1941 bzw. 1944–1952], in: *Tygiel narodów. Stosunki społeczne i etniczne na dawnych ziemiach wschodnich Rzeczypospolitej, 1939–1953* [Schmelztiegel der Nationen. Die ethnisch-sozialen Verhältnisse in den ehemaligen Ostgebieten Polens, 1939–1953], hrsg. v. Kazimierz Jasiewicz. Warszawa/Londyn 2002, S. 229–249.

Regionen wurden auf diese Weise – wie unter zarischer Herrschaft – als „katholisierte“ bzw. „polonisierte“ Weißrussen eingestuft, die zur älteren Identität zurückkehren sollten (Bezirke Molodečno und Polack).<sup>34</sup> Gleichzeitig herrschte unter den weißrussischen Funktionären die Überzeugung, dass Polen reaktionär und antisowjetisch eingestellt seien. Eine Zerschlagung der Untergrundbewegung hielt man für möglich, wenn es gelänge, sie von ihrem „Hinterland“ – der polnischen Zivilbevölkerung – zu trennen. Bezeichnenderweise dachten die Machthaber in Minsk nie daran, die Übersiedlung der polnischen Bevölkerung in die VR Polen zu beschleunigen. Stattdessen tauchten Projekte auf, die „Helfershelfer“ des Untergrunds ins sowjetische Landesinnere zu deportieren.<sup>35</sup>

Die weißrussischen Behörden zogen aber auch ökonomische Erwägungen in Betracht. Man sah es als notwendig an, die Abwanderung von Arbeitskräften aus den Westbezirken einzudämmen. Denn weder die Übersiedlung von Weißrussen aus Polen (knapp 29 000 gelangten zumeist in die östliche BSSR) noch die Repatriierung von weißrussischen Zwangsarbeitern aus Deutschland konnte die demografischen Lücken füllen. Die „von oben“ festgelegten Pläne zum wirtschaftlichen Wiederaufbau erfuhren in denjenigen Bezirken der BSSR keine Korrektur, in denen es zu Abwanderungen gekommen war. Ihre Realisierung bildete daher die Hauptaufgabe der zuständigen Behörden vor Ort.

Die drohenden Massenübersiedlungen nach Polen lösten an den Schaltstellen der Macht in Weißrussland Gegenreaktionen aus. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Weißrusslands befasste sich im Frühjahr 1945 zweimal mit diesem Problem. In diesem Zusammenhang warf man Partei- und Verwaltungsorganen auf Bezirksebene (vor allem in Grodno und Polack) vor, eine massenhafte Registrierung von „katholischen Weißrussen“ zugelassen zu haben.<sup>36</sup> Es hätten sich zahlreiche Personen allein deshalb in die Übersiedlerlisten eingetragen, um Steuerzahlungen und landwirtschaftliche Abgaben bzw. Arbeitsdienste zu vermeiden. Außerdem habe man auf diese Weise der Mobilisierung zu Erwerbsarbeit oder Armeedienst entgehen wollen. Die Machthaber in Minsk warfen den Bezirksfunk-

---

<sup>34</sup> Nationalarchiv der Republik Weißrussland (fortan: NARW), 788, 1, 12, Bl. 143: Bericht des Bezirksbeauftragten der Provisorischen Polnischen Regierung für Evakuierungsfragen in Ošmjany v.09.04.1945.

<sup>35</sup> SABG, 1171, 1, 25, Bl. 56 f.: Bericht über Terrorakte im Bezirk Grodno v.02.04.1945.

<sup>36</sup> NARW, 4p, 61, 157, Bl. 12: Protokoll Nr. 278 über die Sitzung des ZK-Büros der Kommunistischen Partei Weißrusslands v. 22.05.1945.

tionären ferner vor, die Errungenschaften der Sowjetunion an den Arbeitsplätzen nicht genügend propagiert zu haben. Mit den Nationalitätenproblemen beschäftigten sich ab April 1945 gemischte Kommissionen, die de facto aber von weißrussischen Funktionären dominiert wurden. Das Problem der „katholischen Weißrussen“ gelangte erneut auf die Tagesordnung, als man abermals eine Registrierung der aussiedlungswilligen Personen vornahm. Dabei zeigten sich der starke Wille zur Übersiedlung innerhalb der Bevölkerung und die Erfolglosigkeit der staatlichen Gegenmaßnahmen deutlich.<sup>37</sup> Aus den Übersiedlerlisten strich man daraufhin ca. 39 000 Personen, die als „Weißrussen“ angesehen wurden. Ihre Mehrheit stammte aus dem Bezirk Polack (36 000).<sup>38</sup> Wiederholt wiesen die Machthaber in Minsk auch im Bezirk Grodno auf die massenhafte Registrierung von „katholischen Weißrussen“ hin, deren nachträgliche Entfernung aus den Übersiedlerlisten jedoch keinen Niederschlag in den amtlichen Statistiken fand.

Seit dem Frühjahr 1945 brachen die weißrussischen Behörden ganz offen mit früheren Vereinbarungen über die Registrierung und Durchführung der Übersiedlungsaktionen. Dabei strich man „katholische Weißrussen“ aus den Übersiedlerlisten und verweigerte zugleich die Ausstellung von Bestätigungen in denjenigen Fällen, in denen persönliche Dokumente fehlten. Zur Minimierung weiterer Aussiedlungen gingen die kommunistischen Machthaber dazu über, die ausreisewillige Bevölkerung einzuschüchtern und die Tätigkeit der polnischen Evakuierungsbeauftragten infragezustellen.<sup>39</sup> Abgesehen davon tauchten logistische Probleme beim Transport der Übersiedler zu Verkehrsknotenpunkten auf. Laut Angaben des Evakuierungsbeauftragten des Ministerrats der BSSR gelang von den registrierten 535 284 Personen (darunter 529 173 Polen) bis zur offiziellen Beendigung der Evakuierungsaktion am 15. Juni 1946 lediglich 231 152 Personen (darunter 226 315 Polen) die Ausreise.

---

<sup>37</sup> NARW, 4p, 61, 237, Bl. 20 f.: Protokoll Nr. 318 über die Sitzung des ZK-Büros der Kommunistischen Partei Weißrusslands v. 08.01.1946.

<sup>38</sup> NARW, 788, 1, 23, Bl. 29: Statistische Erhebung über die nach Polen evakuierten, eine Ausreise ablehnenden bzw. aus den Listen aufgrund ihrer weißrussischen Nationalität gestrichenen Personen.

<sup>39</sup> Vgl. NARW, 788, 1, 12, Bl. 103: Schreiben des Provisorischen Beauftragten in Miory, J. Kozioł v. 25.04.1945.

**Tabelle 3: Für die Übersiedlung nach Polen registrierten Personen 1944–1946<sup>40</sup>**

Bezirk	Anzahl der Personen	Nationalität			
		Polen		Juden	
		Anzahl der Bauernhöfe	Anzahl der Personen	Anzahl der Bauernhöfe	Anzahl der Personen
Baranoviči	99 955	28 636	97 666	1 212	2 289
Brest	46 311	13 925	45 910	240	401
Grodno	192 869	59 854	191 562	696	1 297
Molodečno	101 241	25 275	100 354	844	887
Polack	73 077	19 381	72 443	275	634
Pinsk	21 841	6 321	21 238	338	603
Insgesamt	535 284	153 392	529 173	3 105	6 111

**Tabelle 4: Anzahl der nach Polen übergesiedelten Personen (Stand: 10.07.1946)<sup>41</sup>**

Bezirk	Anzahl der Personen	Nationalität			
		Polen		Juden	
		Anzahl der Bauernhöfe	Anzahl der Personen	Anzahl der Bauernhöfe	Anzahl der Personen
Baranoviči	49 778	14 843	47 991	887	1 787
Brest	33 064	9 888	32 807	150	257
Grodno	67 118	23 654	66 050	529	1 068
Molodečno	42 525	11 062	41 816	262	709
Polack	22 797	6 145	22 284	212	513
Pinsk	15 870	4 586	15 367	292	503
Insgesamt	231 152	70 178	226 315	2 333	4 837

Aussagekräftig ist in diesem Zusammenhang die Anzahl derjenigen Personen, die laut der offiziellen weißrussischen Propaganda trotz einer Registrierung die Übersiedlung nach Polen ablehnten. Diese Personengruppe bildete die Mehrheit auf den sog. Evakuierungslisten (265 000 Personen) und lebte überwiegend in den Bezirken Grodno (47%), Molodečno (22%) und Baranoviči (19%).<sup>42</sup> Der auf den er-

<sup>40</sup> NARW, 788, 1, 23, Bl. 27: Erhebungen des Büros des Evakuierungsbeauftragten des Ministerrats der BSSR v. 10.07.1946.

<sup>41</sup> Ebenda, Bl. 28.

<sup>42</sup> NARW, 788, 1, 23, Bl. 29: Statistische Erhebung über die nach Polen evakuierten, eine Ausreise ablehnenden und aufgrund ihrer weißrussischen Nationalität aus den Listen gestrichenen Personen.

sten Blick freiwillige, doch letztendlich von den ungünstigen Begleitumständen erzwungene Verzicht auf die Übersiedlung resultierte aus verschiedenen Gründen: kurzfristige Veränderungen der Familiensituation (z.B. Krankheit oder Tod eines Familienmitglieds, Verhaftungen), Furcht vor der ungewissen Zukunft in Polen oder der Verlust der auf weißrussischem Boden erbrachten Lebensleistung. Darüber hinaus konnte auch die emotionale Verbundenheit mit dem bisherigen Wohnort oder die Hoffnung auf eine Revision der polnisch-weißrussischen Grenze ausschlaggebend für den Verzicht auf die Übersiedlung werden. In Einzelfällen mag auch der Wunsch eine Rolle gespielt haben, am Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in Weißrussland mitzuwirken. Ein Teil der Übersiedlungswilligen trat die Ausreise nach Polen aufgrund mangelnder Geldmittel nicht an. Die weißrussischen Behörden interpretierten hingegen deren Verbleib als Beweis, auch weiterhin unter sowjetischer Herrschaft leben zu wollen.<sup>43</sup>

Die seit 1944 andauernden Repressionen verstärkten sich seit 1947, als die Kollektivierung der Landwirtschaft beschleunigt und die Integration der Westbezirke abgeschlossen wurde. Zugleich kam es zu Massendeportationen von Gegnern der Kolchosbewegung und anderen „staatsfeindlichen“ Personen. Zu letzteren gehörten Kriegsveteranen der polnischen Armee unter General Władysław Anders, die 1947/48 in knapp 900 Fällen zu ihren Familien zurückgekehrt waren.<sup>44</sup> Die genaue Anzahl der Soldaten der Heimatarmee und anderer internierter oder inhaftierter Personen im westlichen Weißrussland lässt sich aufgrund der unsicheren Quellenlage nicht ermitteln. Fest steht lediglich, dass 1945 ca. 10 200 ethnische Polen als Gefangene aus den Westbezirken der BSSR (überwiegend aus Brest und Grodno) ins Innere der Sowjetunion verlegt wurden.<sup>45</sup> Rechnet man zu dieser Zahl die seit 1944 festgenommenen Polen hinzu, so liegt die

<sup>43</sup> NARW, 788, 2, 33a, Bl. 6: Bericht des regionalen Beauftragten für Evakuierungsfragen in Vaukavysk, Doroszkó, vom Juni 1946.

<sup>44</sup> SABG, 1171c, 1a, 59, Bl. 3-8: Dokumente über die Rückkehr der Soldaten – „Verräter von [General] Anders“; siehe auch *Spod Monte Cassino na Sybir. Deportacje byłych żołnierzy Polskich Sił Zbrojnych na Zachodzie z Białorusi, Litwy i Ukrainy w 1951 r.* [Von Monte Cassino nach Sibirien. Die Deportation von Veteranen der ehemaligen Polnischen Streitkräfte im Westen aus Weißrussland, Litauen und der Ukraine im Jahre 1951], hrsg. v. Władimir Adamuszko (u.a.). Warszawa 1998.

<sup>45</sup> N.E. Elisejeva, Katalog eszelonow z internirowannymi poliakami, otprawliennymi w głub SSSR [Verzeichnis der Züge mit den internierten, ins Landesinnere der UdSSR deportierten Polen], in: *Repressii protiv* (wie Anm. 13), S. 224 f.

Gesamtzahl der 1944/45 inhaftierten Polen in etwa auf dem Niveau der Jahre 1939–1941.<sup>46</sup>

Die Übersiedlungen nach Polen verringerten zwar die polnische Bevölkerung in der BSSR erheblich, konnten aber deren Existenz nicht gefährden. Denn die polnischen Siedlungen im westlichen Weißrussland blieben in ihrer äußeren Gestalt – wenn auch zahlenmäßig dezimiert – insgesamt erhalten. Diese demografische Kontinuität zeigte sich auch in den Volkszählungen der weißrussischen Behörden.<sup>47</sup> Negativen Einfluss auf das weitere Schicksal der polnischen Minderheit in Weißrussland hatte jedoch die Abwanderung der städtischen Bevölkerung (vor allem der Intelligenz), so dass der Weiterentwicklung der polnischen Kultur die Stütze fehlte. Die dort lebenden Polen mussten bereits seit 1939 ohne die Fürsorge des eigenen Staates auskommen. Geschwächt von der Unterdrückung durch zwei totalitäre Besatzungsmächte bemühten sie sich, ihre Identität ohne die Unterstützung irgendeiner Institution zu bewahren.

Die Zurückdrängung der polnischen Minderheit in der BSSR kam nach Kriegsende vor allem durch eine sprachliche (weniger ethnische) Assimilierung zum Ausdruck. Sie resultierte aus der diskriminierenden Bildungspolitik der Machthaber in Minsk und deren Kampf mit der katholischen Kirche. Denn obwohl die Polen in einigen Westbezirken Weißrusslands zahlreich vertreten waren, hatten sie dort keine Möglichkeit, sich in irgendeiner Form zu organisieren. Die wenigen polnischen Schulen, die nach den Übersiedlungen noch existierten, wurden 1948 geschlossen.<sup>48</sup> Die polnische Minderheit besaß offiziell keine Möglichkeit, ihre Kultur zu pflegen oder ihre Kinder in diesem Sinne zu erziehen. Daher blieb die katholische Kirche der einzige Zufluchtsort.<sup>49</sup> Diese Zusammenhänge erkannten auch die sowjeti-

---

<sup>46</sup> Nach einschlägigen Schätzungen kamen 1945–1955 in ganz Weißrussland ca. 50 000 Menschen ums Leben; vgl. *Vladimir I. Adamuška, Polityčnyja represii 20-50-tych hadov na Belarusi [Politische Repressionen in Weißrussland 1920–1950]*. Minsk 1994.

<sup>47</sup> *Piotr Eberhardt, Polska ludność kresowa. Rodowód, liczebność i rozmieszczenie [Die polnische Bevölkerung in den nordöstlichen Grenzgebieten. Abstammung, zahlenmäßige Stärke und geografische Streuung]*. Warszawa 1998, S. 73–89.

<sup>48</sup> *Zdzisław Julian Winnicki, Szkoły polskie na Białorusi w latach 1944–1946 – sytuacja na tle ogólnej sieci szkolnictwa [Polnische Schulen in Weißrussland 1944–1946 vor dem Hintergrund des allgemeinen Schulwesens]*, in: *Ders., Szkice kresowe [Skizzen zu den nordöstlichen Grenzgebieten]*. Wrocław 1995, S. 48–62, hier S. 53 ff.

<sup>49</sup> Zur Rolle der Kirche im Leben der polnischen Minderheit in der BSSR: *Roman Dzwonkowski, Polacy na dawnych Kresach Wschodnich. Z problematyki narodowościowej i religijnej [Die Polen in den ehemaligen Ostgebieten. Zur Problematik von Nationalität und Religion]*. Lublin 1994; *ders., Polacy w kościele katolickim w ZSRR [Die Polen in der katholischen Kirche in der UdSSR]*. Lublin 1993; *Iwona Kabzińska, Wśród „kościelnych*



schen Aufsichtsbehörden, die katholische Priester beschuldigten, mit Staatsfeinden zu kooperieren und eine antisowjetische bzw. „weißpolnische“ Propaganda zu betreiben.<sup>50</sup> Ende der 1940er Jahre soll die Zahl der Katholiken in den Westbezirken der BSSR eine halbe Million Gläubige erreicht haben. Eine indirekte Bestätigung findet diese Angabe in der geschätzten Gesamtzahl der polnischen Bevölkerung, die nach Beendigung der Evakuierungsmaßnahmen in Weißrussland zurückblieb. Unter den Katholiken befanden sich angeblich knapp 264 000 Polen und 287 000 Weißrussen.<sup>51</sup> Dabei ist jedoch unklar, auf welche Weise man die Nationalität der Katholiken ermittelte. Die seelsorgerliche Betreuung dieser Gläubigen lag in den Händen von höchstens 100 Geistlichen, deren Anzahl kontinuierlich abnahm.

Mit dem Ende der Massenübersiedlungen im Sommer 1946 war somit das Problem derjenigen Polen, die in die VR Polen übersiedeln wollten, keineswegs gelöst. Das komplizierte, zentralisierte Prozedere bei individuellen Ausreisen machte es weißrussischen Bürgern unmöglich, ihr Land auf offiziellem Wege zu verlassen. Ende der 1940er Jahre geriet die heikle Lage von Familien, deren Mitglieder aus verschiedensten Gründen auf beiden Seiten der polnisch-weißrussischen Staatsgrenze lebten, auf die politische Tagesordnung. Dabei ging es nicht nur um Erwachsene (z.B. freigelassene Gefangene oder Veteranen der Roten Armee), sondern auch um Kinder, die in den 1940er Jahren von ihren Eltern getrennt worden waren.

In der VR Polen herrschte indessen aufgrund der „von oben“ verordneten Freundschaft mit der Sowjetunion öffentliches Stillschweigen zu der Tatsache, dass östlich des Bugs zahlreiche Landsleute zurückgeblieben waren, die vor Kriegsausbruch polnische Staatsbürger gewesen waren. Auch die zuständigen Staatsorgane (z.B. die polnische Botschaft in Moskau) ließen dieses Problem unbeachtet. Dennoch zeigten sich zahlreiche Einzelpersonen weiterhin lebhaft an dieser Thematik interessiert. Dies beweisen etliche, oftmals dramatische Briefe an einschlägige Behörden, in denen um Familienzusammenführung aus der UdSSR nach Polen gebeten wurde. Die Machthaber in Warschau befürchteten, dass die antisowjetische Grundstimmung im eigenen Lande durch polnische Bürger, deren engsten Ver-

---

Polaków“. Wyznaczniki tożsamości etnicznej (narodowej) Polaków na Białorusi [Unter „kirchlichen Polen“. Determinanten der ethnisch-nationalen Identität der Polen in Weißrussland]. Warszawa 1999.

<sup>50</sup> Kanfesii na Belarusi [Religionsbekenntnisse in Weißrussland], red. v. U. Nawicki. Minsk 1998, S. 246.

<sup>51</sup> Veraščagina, Gurko (wie Anm. 3), S. 33.

wandten die Übersiedlung aus dem Osten verweigert worden war, angefacht werden würde.<sup>52</sup> Bis 1955 verzichtete man jedoch darauf, bezüglich einer Fortsetzung der Übersiedlungen in Gespräche mit dem Kreml einzutreten. Ausnahmen bildeten der Anfang der 1950er Jahre durchgeführte Transfer von knapp 800 Kindern, deren Eltern in Polen lebten,<sup>53</sup> sowie die 1954 vollzogene Überstellung von knapp 450 amnestierten Gefangenen, die aus Gebieten westlich des Bug stammten und daher nicht als Sowjetbürger eingestuft wurden.<sup>54</sup>

Polen, die in der Sowjetunion lebten, besaßen bis Mitte der 1950er Jahre so gut wie keine Möglichkeit, in die VR Polen auszureisen. In offiziellen Verlautbarungen hieß es lediglich, dass diese Personen sich durch ihren Verzicht auf Übersiedlung nach Kriegsende (ohne Prüfung der individuellen Gründe) für die Sowjetunion als neues Vaterland entschieden hätten. Diese Konstellation änderte sich erst während der politischen Tauwetterperiode. So kam es 1955 zur Repatriierung von ca. 5 700 polnischen Staatsbürgern, die aus den Lagern im Landesinnern der Sowjetunion (Sibirien, Kasachstan, Ferner Osten) freigelassen bzw. als Gefangene überstellt worden waren.<sup>55</sup> Ein Teil dieser Personen stammte aus den von der BSSR annektierten Grenzgebieten.

Ende 1955 schlug die Warschauer Regierung Gespräche über die etwaige Übersiedlung von Polen vor, die bis 1939 polnische Staatsbürger gewesen und nach Kriegsende unverschuldet in der Sowjetunion zurückgeblieben waren. Obwohl ein bilaterales Abkommen nicht zu Stande kam, wurde die Erledigung der Ausreiseformalitäten für diesen Personenkreis erheblich vereinfacht. Infolgedessen siedelten 1956 ca. 28 000 Menschen (darunter ca. 10 000 aus dem westlichen Weißrussland) über.<sup>56</sup> Den Weg zu massenhaften Übersiedlungen nach Polen (verfälschend als „zweite Repatriierung“ bezeichnet) eröffnete erst das polnisch-sowjetische Abkommen vom 25. März 1957. Diese bilatera-

---

<sup>52</sup> Archiwum Akt Nowych [Archiv der Neuen Akten], KC PZPR [Zentralkomitee der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei], Sign. 295/XX/5, Bl. 4-8: Vermerk der Auslandsabteilung des ZK der Polnischen Arbeiterpartei über die eingehenden Anträge auf Repatriierung von Familien aus der UdSSR v. 05.12.1947.

<sup>53</sup> Małgorzata Ruchniewicz, Repatriacja ludności polskiej z ZSRR w latach 1955–1959 [Die Repatriierung der polnischen Bevölkerung aus der UdSSR 1955–1959]. Warszawa 2000, S. 63-66.

<sup>54</sup> Ebenda, S. 71-75; Powrót żołnierzy AK z sowieckich łagrów [Die Rückkehr der Soldaten der Heimatarmee aus den sowjetischen Lagern], bearb. v. Andrzej Paczkowski. Warszawa 1995.

<sup>55</sup> Ruchniewicz, Repatriacja (wie Anm. 53), S. 86-106.

<sup>56</sup> Ebenda, S. 173.

le Vereinbarung erstreckte sich auf Polen und Juden, die bei Kriegsausbruch polnische Staatsbürger gewesen waren. Die juristischen Erleichterungen stießen innerhalb der polnischen Minderheit in der Sowjetunion auf enorme Resonanz, wobei die polnischen Umsiedler aus der BSSR die stärkste Gruppe bildeten: 1957 siedelten aus dieser Sowjetrepublik ca. 30 700 Personen über, 1958 waren es ca. 46 700 und 1959 ca. 13 300 Menschen. Insgesamt verließen ca. 100 600 Personen die BSSR, was 41% aller nach Polen Zurückkehrenden entsprach.<sup>57</sup> Nach offiziellen Angaben von 1959 (der ersten Volkszählung in der UdSSR seit Kriegsende) blieben im Westen der BSSR ca. 480 000 Polen zurück.<sup>58</sup> In der Forschung gilt diese Zahl eher als Minimalwert, da die Glaubwürdigkeit dieser Schätzungen zweifelhaft ist. Die Massenübersiedlungen der Polen führten also nicht zum Verschwinden der polnischen Minderheit in Weißrussland.

Die ab Mitte der 1950er Jahre einsetzende Welle von Übersiedlungen in die VR Polen war der Schlussakt der durch den Zweiten Weltkrieg ausgelösten Bevölkerungsverschiebungen im östlichen Europa. Da glaubwürdige weißrussische Quellen zu dieser Problematik fehlen, erscheint es im Nachhinein unmöglich, die genaue Anzahl der polnischen Heimkehrer aus den Westbezirken der BSSR festzustellen. Aus polnischen Quellen (insbesondere den Akten der Moskauer Botschaft) geht hervor, dass die Minsker Stellen Übersiedlungen von Polen wiederholt kritisch gegenüberstanden. Diese Haltung beeinflusste vor allem die amtliche Hilfe bei der Beschaffung der erforderlichen Dokumente: Zahlreiche Polen erhielten um 1950 in ihren Ausweispapieren den Vermerk, der weißrussischen Nationalität anzugehören, und die nachträgliche Korrektur dieses amtlichen Vermerks erwies sich als überaus schwierig. Die genaue Zahl derjenigen Polen, deren Ausreise von den weißrussischen Behörden abgelehnt wurde, bleibt weiterhin im Dunkeln. Denn anders als 1945/46 unterlagen die Übersiedlungen keiner Registrierungspflicht.

Motive für die Übersiedlungsentscheidung bildeten nicht nur die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen, sondern die Hoffnung auf ein alltägliches Leben unter eigenen Landsleuten, größere Religionsfreiheit und polnischsprachigen Schulunterricht für die eigenen Kinder.<sup>59</sup> Einige staatliche Repräsentanten der VR Polen –

---

<sup>57</sup> Ebenda, S. 255.

<sup>58</sup> Eberhardt, *Polska ludność* (wie Anm. 47), S. 120.

<sup>59</sup> Diese Antworten ergab die Zeitzeugenbefragung, die die Verfasserin mit Umsiedlern aus Weißrussland durchführte.

zumeist der Botschafter und der Regierungsbeauftragte für die Repatriierung aus der UdSSR – intervenierten wiederholt im sowjetischen Innen- und Außenministerium, um befriedigende Lösungen für übersiedlungswillige Polen in Weißrussland zu erreichen. Der Botschafter in der Sowjetunion stattete der BSSR zu diesem Zweck im Dezember 1957 einen offiziellen Besuch ab. Seine Mitarbeiter begaben sich gleichzeitig zu bilateralen Gesprächen nach Molodečno, Grodno und Brest. Insgesamt verfügten die Machthaber in Warschau jedoch kaum über Möglichkeiten der Kontaktaufnahme mit den weißrussischen Behörden vor Ort. Auch mit den unmittelbar an einer Umsiedlung interessierten Polen waren klärende Gespräche kaum möglich, falls diesen die Reise nach Moskau untersagt worden war. Die sowjetische Politik lehnte die Einrichtung polnischer Außenvertretungen des „Büros für Fragen der Repatriierung aus der UdSSR“ in einzelnen Bezirken der BSSR bzw. anderen Sowjetrepubliken generell ab. Dieses Büro agierte infolgedessen nur bei der polnischen Botschaft in Moskau.

Die nach dem Zweiten Weltkrieg durchgeführten Umsiedlungen von Polen aus den von der BSSR annektierten Gebieten standen im Einklang mit gleichlautenden polnisch-sowjetischen Abkommen und waren grundsätzlich freiwilliger Natur. Die Übersiedlungen sollten also nicht dazu dienen, unerwünschte Bevölkerungsteile aus Gründen der ethnisch-nationalen Homogenität aus dem eigenen Land zu verdrängen, wie dies bei den Deutschen in Polen nach 1945 der Fall gewesen war. In den Westbezirken der BSSR fehlte seitens der staatlichen Machthaber und der weißrussischen Gesellschaft äußerer Druck, der die polnische Minderheit zu einer Umsiedlung bewegt hätte. Im Gegensatz dazu wurden in der Ukrainischen Sowjetrepublik nach 1945 wiederholt Todesdrohungen gegenüber Polen laut, wobei der Staat zugleich eine Entpolonisierung der Städte anstrebte. Nichtsdestotrotz kamen auch in der BSSR vor dem Hintergrund der weitverbreiteten Stimmungsmache gegen ein „reaktionäres“ Polen antipolnische Tendenzen zum Vorschein.

Die Freiwilligkeit der Entscheidung blieb jedoch im Grunde genommen Illusion. Denn das Verbleiben in der Weißrussischen Sowjetrepublik war für den einzelnen Polen nicht nur mit der Annahme einer fremden Staatsbürgerschaft verbunden. Vielmehr musste auch die ganze Familie das Leben in einem Herrschaftssystem hinnehmen, in dem es keine gesicherten individuellen Freiheiten gab. Zudem drohten stets vielfältige Unterdrückungsmaßnahmen seitens der staatlichen Behörden. Dadurch wurden die Polen der Möglichkeit beraubt,

ihre Identität und Kultur ungehindert zu pflegen bzw. ihren katholischen Glauben zu praktizieren. Denjenigen Polen, die 1946 mit der Übersiedlung noch gezögert hatten, fehlten ein Jahrzehnt später jegliche Illusionen über einen etwaigen Wandel der internationalen Lage zu ihren Gunsten. Denn inzwischen hatte eine neue Welle stalinistischen Terrors Weißrussland erfasst und der bisher bewirtschaftete Boden ging zumeist im Zuge der Kollektivierung endgültig verloren. Höchstwahrscheinlich erloschen bei vielen Polen erst zu diesem Zeitpunkt Mitte der 1950er Jahre die Hoffnungen auf eine Veränderung der Ostgrenze Polens, die in den ersten Nachkriegsjahren noch existiert hatten.

Die damals aus dem westlichen Weißrussland ausreisenden Polen verloren eine Heimat, was von heute noch lebenden Teilnehmern der Umsiedlung deutlich ausgesprochen wird. Die lebensweltliche Zäsur ließ unter den Betroffenen oft ein Gefühl bitteren Unrechts aufkommen, das durch die Integrationsschwierigkeiten in die polnische Nachkriegsgesellschaft verstärkt wurde. Verfestigt wurde dies durch die ostentative Gleichgültigkeit oder sogar Feindseligkeit der Behörden in der VR Polen. Daher blieb die Kultivierung regionaler Traditionen, aber auch die persönliche Erinnerung an die sowjetische Besatzungsherrschaft über den Familien- oder Bekanntenkreis hinaus unmöglich. Alle Übersiedler in die VR Polen erhielten in ihren neu ausgestellten Ausweisdokumenten den Vermerk „Geburtsort UdSSR“, und zwar unabhängig davon, ob die Betroffenen bereits im 19. Jahrhundert oder erst 1950 geboren waren. Im Sinne der Staatsdoktrin der VR Polen sollte fortan jegliche Erinnerung an die historischen Grenzgebiete im Nordosten des Landes und die dort noch lebende polnische Bevölkerung ausgelöscht werden.

Aus dem Polnischen übersetzt von Jan Obermeier, Warschau